

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Finanzausschusses (7. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Michael Kretschmer, Ernst Hinsken, Dr. Peter Ramsauer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 15/4387 –**

### **Mineralölsteuerentwicklung und Tanktourismus**

#### **A. Problem**

Die Höhe der Mineralölsteuer in Deutschland liegt zum Teil beträchtlich über der steuerlichen Belastung von Kraftstoffen in der überwiegenden Zahl der Nachbarstaaten. Namentlich in den deutschen Grenzregionen zu Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen und Tschechien ist seit Einführung der Ökosteuern ein wachsender Tanktourismus deutscher Unternehmen und Privatpersonen in die benachbarten Auslandsregionen zu verzeichnen. Als unmittelbare Folge ist ein gestiegenes Verkehrsaufkommen in den Grenzregionen zu verzeichnen. Ferner komme es als wirtschaftliche Folge in den betroffenen Regionen auf deutscher Seite zu Umsatzeinbrüchen bei den Tankstellenbetreibern, dem Verlust von bis zu 5 000 Arbeitsplätzen und zu beträchtlichen Steuerausfällen bei der Mineralölsteuer von bis zu einer Mrd. Euro.

#### **B. Lösung**

Mit dem Antrag wird angestrebt, die Bundesregierung aufzufordern, Maßnahmen gegen die im europäischen Vergleich hohe Energiebesteuerung in Deutschland zu ergreifen, den Steuerabfluss durch Tanktourismus in die Nachbarstaaten auf EU-Ebene einzudämmen und die Harmonisierung der Mineralölsteuer in Europa voranzutreiben.

**Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

#### **C. Alternativen**

Keine

#### **D. Kosten**

Angaben zu den haushaltsmäßigen Auswirkungen der mit der Vorlage angestrebten Maßnahmen sind dem Antrag nicht entnehmbar.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag – Drucksache 15/4387 – abzulehnen.

Berlin, den 1. Juni 2005

### **Der Finanzausschuss**

**Christine Scheel**  
Vorsitzende

**Ingrid Arndt-Brauer**  
Berichterstatterin

**Otto Bernhardt**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Ingrid Arndt-Brauer und Otto Bernhardt

### I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf Drucksache 15/4387 in seiner 154. Sitzung am 27. Januar 2005 dem Finanzausschuss zur federführenden Beratung sowie dem Haushaltsausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, dem Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Tourismus und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben die Vorlage in ihren Sitzungen am 11. Mai 2005 erörtert. Der Finanzausschuss hat den Antrag in seiner 96. Sitzung am 11. Mai 2005 behandelt und seine Beratungen in der 99. Sitzung am 1. Juni 2005 abgeschlossen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In dem Antrag wird darauf hingewiesen, in den deutschen Grenzregionen zu Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen und Tschechien sei seit Einführung der Ökosteuern ein wachsender Tanktourismus deutscher Unternehmen und Privatpersonen in die benachbarten Auslandsregionen zu verzeichnen. Ursächlich seien deutlich niedrigere Kraftstoffpreise im Ausland, die maßgeblich auf eine geringere Besteuerung zurückgingen. Als wirtschaftliche Folgen für die betroffenen Regionen komme es auf der deutschen Seite zu Umsatzeinbrüchen bei den Tankstellenbetreibern. Bundesweit seien bis zu 1 000 Tankstellen mit 5 000 Arbeitsplätzen von der Betriebsaufgabe bedroht. Ferner sei mit beträchtlichen Steuerausfällen bei der Mineralölsteuer in einem Umfang von bis zu einer Mrd. Euro zu rechnen. Die Antragsteller verweisen zudem auf Ausnahmeregelungen in norditalienischen Grenzregionen, in Frankreich sowie für die osteuropäischen Beitrittsstaaten. Vor diesem Hintergrund wird mit der Vorlage angestrebt, die Bundesregierung aufzufordern, Maßnahmen gegen die im europäischen Vergleich hohe Energiebesteuerung in Deutschland zu ergreifen, den Steuerabfluss durch Tanktourismus in die Nachbarstaaten auf EU-Ebene einzudämmen und die Harmonisierung der Mineralölsteuer in Europa voranzutreiben.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Haushaltsausschuss, der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der Ausschuss für Tourismus und der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

empfehlen jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung des Antrags.

### IV. Ausschussempfehlung

Der Finanzausschuss empfiehlt mit der Mehrheit der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Das Bundesministerium der Finanzen verweist hierzu auf die Energiesteuerrichtlinie der Europäischen Union. Die danach nur zögerliche Angleichung der Mindeststeuersätze mit langen Übergangsfristen sei der einzig gangbare Weg, um Fortschritte bei diesem Problem zu erreichen. Diese Fristen seien nicht veränderbar, da dies von den Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen werden müsse. Daneben bliebe für steuerliche Regelungen auf nationaler Ebene kein Raum. Einziger Ausweg könne eine nichtsteuerliche Lösung sein, die sich beispielsweise durch einen Ausgleich innerhalb der Mineralölwirtschaft realisieren ließe. Die hier auftauchenden kartell- und europarechtlichen Bedenken würden zurzeit im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit geprüft.

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wiesen im Verlauf der Beratungen auf die im Ausschuss in der 79. Sitzung am 1. Dezember 2004 zur Ermächtigung Frankreichs zur Staffelung der Steuern auf Kraftstoffe geführte Erörterung hin. In der einstimmig angenommenen Entschließung sei die Bundesregierung bereits aufgefordert worden, im Ministerrat keinen Regelungen zuzustimmen, die dem Tanktourismus förderlich oder die der angestrebten Harmonisierung der steuerlichen Wettbewerbsbedingungen gegenläufig seien könnten. Der Deutsche Bundestag habe die vom Finanzausschuss empfohlene Entschließung am 27. Januar 2005 einstimmig angenommen. Vor diesem Hintergrund bestehe keine Notwendigkeit, eine erneute Entschließung in diesem Sinne zu fassen. Gleichzeitig verlaufe der grenznahe Tanktourismus in zwei Richtungen. In so weit profitierten deutsche Tankstellen von den im Vergleich zu den Nachbarstaaten niedrigen Preisen für Super-Kraftstoff. Man teile die Einschätzung des Bundesministeriums der Finanzen, dass eine Lösung des Problems nur auf europäischer Ebene mit bedauerlicherweise langen Übergangsfristen gefunden werden könne.

Die Fraktion der CDU/CSU hielt dagegen, dass die für eine Harmonisierung der Mindeststeuersätze innerhalb der Europäischen Union vorgesehenen Zeiträume – teilweise bis in das Jahr 2009 – zu lange seien. Im Hinblick auf die im Antrag genannten Probleme, insbesondere den Verlust von Arbeitsplätzen, bestehe deshalb nach wie vor dringender Handlungsbedarf.

Berlin, den 1. Juni 2005

**Ingrid Arndt-Brauer**  
Berichterstatlerin

**Otto Bernhardt**  
Berichterstatler

